

4. Juli 2011

Erhöhung der Grunderwerbssteuer gefährdet Erholung des Wohnungsbaus

Mannheim. „Die geplante, drastische Erhöhung der Grunderwerbssteuer gefährdet dringend benötigte Investitionen im Wohnungsbau“, so Thomas Möller, Geschäftsführer des Verbandes Bauwirtschaft Nordbaden. „Nachdem die öffentlichen Bauvorhaben nach Auslaufen der Konjunkturprogramme stark rückläufig sind, ist es nun insbesondere wichtig, die sanft einsetzende Wiederbelebung am Wohnungsbau zu stützen.“

Nach einer katastrophalen Entwicklung im Wohnungsbau von 1995 bis 2008 mit Auftragseinbußen von fast 60 Prozent (Baden-Württemberg) beginnt sich die Lage seit 2010 erstmals zu entspannen: Von 2009 bis 2010 stiegen die Aufträge im baden-württembergischen Wohnungsbau um 15 Prozent. Im ersten Quartal 2011 war sogar ein Auftragszuwachs von durchschnittlich 20 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal 2010 zu verbuchen.

Thomas Möller: „Wenn Baden-Württemberg, wie geplant, die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht, gilt bei uns, neben den Bundesländern Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen, der höchste Grunderwerbssteuersatz in ganz Deutschland. Jeder im Wohnungsbau investierte Euro sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern bringt Folgeinvestitionen und damit auch Einnahmen für die öffentlichen Kassen mit sich. Doch steigende Grunderwerbskosten lassen potentielle Immobilienkäufer zurückschrecken. Schade, dass ausgerechnet Baden-Württemberg, das Land der ‚Häuslebauer‘ die Einführung eines der höchsten Grunderwerbssteuersätze im Bundesgebiet plant.“

Wiebke Zuschlag / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0621-42301-42, Fax: 0621-42301-41, e-mail: zuschlag@bau-nordbaden.de

Verband Bauwirtschaft Nordbaden e.V., Bassermannstraße 40, 68165 Mannheim, www.bau-nordbaden.de